

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Politik Titelgeschichte

Freundesland in Feindeshand

Hoffnung für Amerika Für den Irak gibt es nur zwei Lösungen: Eine teure oder eine zynische. Muss

Washington womöglich auf eine sunnitische Militärjunta setzen, um das Land zu befrieden?

Josef Joffe

Stanford Wenn du nicht mehr weiter weißt, schaff dir einen Arbeitskreis« übersetzt sich in Amerika als »blue-ribbon commission«, eine Gruppe blaublütiger älterer Herren aus beiden Parteien, die sich eine Lösung für das Unlösbare ausdenken möge. Die Iraq Study Group wird geführt von James Baker, dem Außenminister von Bush-Vater, und Lee Hamilton, dem Demokraten, der einst dem Außenausschuss im Unterhaus vorsah. Ihre Empfehlungen soll sie dem Kongress erst nach den Wahlen, im Dezember, vorlegen. Bloß: Die Zeit rennt ihr davon.

Erstens haben die Amerikaner im Oktober 101 Mann im Irak verloren; das ist der höchste Blutzoll seit Januar 2005. Zweitens ist es gut möglich, dass Bush am Dienstag die Mehrheit in beiden Häusern verliert, und zwar, weil er »radioaktiv« ist, wie David Brooks, der konservative Kolumnist der New York Times, 200 Bush-Freunden beim Gala-Diner in der Stanford-Universität verriet. Diese Wahlen scheinen sich zum Anti-Bush-Referendum zu entwickeln, das seine Mannen im Kongress dezimieren könnte.

Deshalb, und drittens, die Hektik, die das Weiße Haus erfasst hat. Von James Baker, 76, dem begnadeten deal maker, wissen wir, dass er es für »außerordentlich unerwünscht« hält, wenn im Irak »der totale Bürgerkrieg« ausbricht oder eine »feindselige Regierung«

entsteht. Nur: Ausschließen will er beides nicht mehr. Wie man das doch könnte, versucht in dieser Woche Steve Hadley, der Sicherheitsberater von Bush, in Bagdad zu ergründen.

Nein, nein, heißt es dazu im Weißen Haus, Hadley wolle in Bagdad keine »neuen militärischen Optionen vorgeben«, sondern die Regierung stärken. Nur wird in Washington seit Wochen von nichts anderem geredet als eben von einer neuen Strategie. Das eine Schlagwort heißt »Zeitplan«: Die Maliki-Regierung möge doch bitte sagen, ab wann die irakische Armee für die Sicherheit im ganzen Land sorgen werde. Zwar ist ein Zeitplan keine Drohung, aber Bush ließ wissen, dass seine »Geduld nicht grenzenlos« sei. Mithin lautet die Botschaft: Wenn ihr es nicht schafft, können wir es auch nicht. Also ein Alibi für den Abzug? Denn: Wie kann eine Armee, die aus Soldaten verfeindeter Volksgruppen besteht, dem einen und einzigen Staat dienen?

Das zweite Schlagwort heißt »Bagdad«: die Konzentration amerikanischer wie irakischer Kräfte auf die Hauptstadt nach der Devise: Wer die kontrolliert, kann nicht das ganze Land verlieren. Andererseits erinnert diese Taktik an das letzte Aufgebot eines Burgherren, der sich mit seinen Getreuen im Turm verschanzt, derweil der Feind schon im Vorhof marodiert.

Verblasst sind dagegen die Slogans von »Demokratisierung« und »Regierung der nationalen Einheit«. Stattdessen drängt der Begriff der »Teilung lite« nach vorn: drei weitgehend autonome Gebilde (Schiiten, Sunniten, Kurden) plus eine Zentralregierung, die den Ölreichtum verteilt und die Grenzen schützt. Logischerweise heißt das »ethnische Säuberung«, die auch schon begonnen hat quasi freiwillig, weil Tausende Iraker in die Hochburgen ihrer jeweiligen Volksgruppe flüchten.

Eine andere Idee in Washington lautet: Lasst uns mit unseren Feinden, mit Iran und Syrien, reden. Diese Idee hat bloß einen kleinen Haken: Längst schon manipuliert Teheran den Quasi-Bürgerkrieg zugunsten der Schia-Mehrheit. Welches Interesse könnte es daran haben, seine Verbündeten zu zügeln? Oder: Wieso würden sich die Sunnis einem Schia-Diktat unterwerfen? Just gegen diese Horrorvision kämpfen die Terroristen mit Hilfe ausländischer Dschihadis, die ein klares Ziel haben: die Amerikaner zu erniedrigen und zu vertreiben.

In Wahrheit gibt es nur zwei Alternativen eine kostspielige und eine zynische.

Die kostspielige: Amerika bleibt und bleibt, aber keinesfalls mit mehr Truppen. Pentagonchef Rumsfeld plaudert zwar von Verstärkung, aber im Weißen Haus haben sie ihn

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

schon zur Rason gerufen. Hadleys Vize, J. D. Crouch, sagte am Montag: Er habe »nichts davon gehört«, dass irgendjemand eine Verstärkung vorgeschlagen hätte. Auf gut Englisch: »Shut up, Mr. Rumsfeld.« Also: Amerika bleibt in einigermaßen sicheren Enklaven und hofft darauf, dass die Sunniten (von US-Verbündeten wie Saudi-Arabien munitioniert) und Schiiten (mit Iran im Rücken) sich bis zur gegenseitigen Erschöpfung bekämpfen. Dann reden wir wieder über die Zukunft. Fragt sich nur, ob der Kongress mitmacht, wenn er am 7. November in die Hände der Demokraten fällt.

Von der zynischen Alternative wagt kein Offizieller zu reden. Aber sie liegt auf der Hand: eiskalte Realpolitik nach der Logik, wonach Iran die übelste Bedrohung amerikanischer Interessen verkörpere und deshalb keinesfalls triumphieren dürfe. Folglich würden die USA einen Deal mit den Sunnis machen und so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: die Sunnis, die in Todesangst vor einem Schia-beherrschten Irak leben, von den ausländischen Dschihadisten trennen und zugleich die Macht der Iran-treuen Schiiten zurückdrängen.

Indirekt und aus dem Munde eines Akademikers, Eliot Cohen von der Johns-Hopkins-Universität, dessen Bücher Bush angeblich verschlungen hat, klingt das so: »Eine Junta militärischer Modernisierer (sprich: Sunnis, d. Red.) könnte die einzige Hoffnung für ein Land sein, dessen demokratische Kultur schwach ist, dessen Politiker korrupt oder unfähig sind.« Diesen Artikel aus dem Wall Street Journal hat das Weiße Haus ungefragt an die Presse gemailt.